

Heute vor zwölf Jahren



11.9.2001: Terroranschlag in New York. Feuerwehrleute – bis heute die Helden der US-Nation – spülen sich Dreck und Staub vom Körper. Er stammt von der Arbeit in den Trümmern nach der Attacke auf die Twin Towers des World Trade Center in Manhattan. Im Hintergrund Rauch. 3000 Menschen kamen ums Leben. Foto Keystone

Einspruch Mäuse in beiden Basel

Von Marc Schinzel

Roland Stark, frischgebackener Kolumnist der Basler Zeitung, erfüllt die Erwartungen: Bereits sein erster Beitrag, «Endstation Hülftenschanz» (BaZ 3.9.13), animiert zum Widerspruch. Trickst und täuscht die Regierung in Liestal? Will sie die Fusionsinitiative mittels hohler Phrasen über die Vertiefung der Partnerschaft mit Basel-Stadt bodigen, wie der frühere Basler SP-Politiker Stark vermutet?

Ich halte es für unfair, dem personell erneuerten Baseltierer Regierungsrat, kaum nimmt er das sensible Dossier in die Hand, schlechte Absichten zu unterstellen. Ist es nicht eher erfreulich, wie rasch das Fünfergremium Stellung bezog und wie umsichtig seine Mitglieder miteinander umgingen, indem sie ihre persönliche Haltung zum Thema offenlegten? Entscheiden statt laviieren, Transparenz statt Geheimniskrämerei: Ist es nicht gerade das, was die Bevölkerung von einer Regierung erwartet?

Bei einer emotional befrachteten Frage wie der Kantonsfusion, wo Befürworter wie Gegner plausible Gründe ins Feld führen, wird man es nie allein recht machen können. Drei Dinge übersieht Stark in seiner «Baseltierer Schelte»: Sollte es, erstens, um die Partnerschaft zwischen Stadt und Land so arg stehen, wie er meint, läge das kaum nur an den Landschaftlern. Zweitens hat die Kooperation im Raum Basel längst eine internationale Dimension, ohne dass deshalb eine Fusion mit Südbaden oder mit dem Elsass zur Debatte stünde.

Schliesslich ist Starks Argument, mangels funktionierender Partnerschaft müsse nun die Kantonsvereinigung her, nicht sehr logisch. Teil ich mit jemandem das Bett, mit dem ich schon bei Tisch nicht einig werde? Einigkeit lässt sich nicht proklamieren, vor allem nicht einseitig.

1833 wurde die Hülftenschanz zur Grabstätte der von der Basler Obrigkeit beanspruchten Deutungshoheit über das Landschaftler Empfinden. Glücklicherweise nicht mehr zum Bruderkrieg, aber in die Sackgasse führt ein Denken in starren Alternativen, die lauten: entweder Fusion oder Stillstand. Solche Schablonen sind nicht praxistauglich. Vor Jahrzehnten, als er das kommunistische China der Marktwirtschaft öffnen wollte, meinte der damalige Parteichef Deng Xiaoping in einer

Oft jagen Stadt- und Landkatzen gemeinsam. Ob sie Kantonsgrenzen überqueren, muss sie nicht kümmern.

Metapher: «Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiss ist. Hauptsache, sie fängt Mäuse.» Saftige Mäuse gibt es in beiden Basel, und ebenso geschickte Katzen, um sie zu fangen. Oft jagen Stadt- und Landkatzen gemeinsam. Ob sie dabei Kantonsgrenzen überqueren oder nicht, muss sie nicht kümmern. Will heissen: Eine fruchtbare regionale Zusammenarbeit kann mit oder ohne Fusion beider Basel gelingen.

Beflügelt wird nicht ein bestimmter institutioneller Rahmen, sondern die Einsicht, dass sich jedes staatliche Handeln am langfristigen Wohl der Bevölkerung ausrichten muss.

Marc Schinzel ist Jurist und wohnt in Binningen.

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbrief, 4010 Basel

Briefe

Das Impfen als Religionsersatz?

«Alle Verrückten dieses Landes»/ Beda Stadler hält Impfgegner für Sektierer (zur Abstimmung über das Epidemiegesetz am 22. September); BaZ 9.9.13

Mit schöner Regelmässigkeit schüttet der Immunologe Beda Stadler seinen Zorn und seine Verachtung über Andersdenkende aus. Impfkritisch eingestellte Mitmenschen, die sich mit Sicherheit ihre Meinung zu diesem Thema ebenso sorgfältig gebildet haben wie er, aber zu einer anderen Sichtweise gelangt sind, werden von diesem Professor – äusserst unwissenschaftlich notabene – als Verrückte, Spinner und Gefahr für unser Land betitelt.

Wie in einer Doku des Schweizer Fernsehens über das Thema Religion festgehalten wurde, ist Beda Stadler bekennender Atheist. Die Vehemenz, mit der er das Impfen propagiert, verbissen verteidigt und als allein scheinend machend vertritt, lässt fast darauf schliessen, dass das Impfen für ihn zu einer Ersatzreligion mutiert ist. Das Vertreten der eigenen Meinung in «Taliban-Manier» ist aber in allen Bereichen des Lebens einfach nur intolerant, unsympathisch und kontraproduktiv, schade!

Gaby Schaufelberger, Riehen

Gesundheitsdiktatur gefährlicher als Viren

Haben Sie schon mal jemanden mit Grippe- oder anderen Viren angesteckt? Dann gehören Sie für ein bis fünf Jahre laut den Gesundheitsdiktatoren ins Gefängnis (Art. 231 neu Strafgesetzbuch, laut Vorlage Epidemiegesetz).

Dabei behaupten die Impfanatiker (der Immunologe Beda Stadler und andere), es gebe keinen Zwang! Die Wahrheit sieht anders aus.

Das Epidemiegesetz respektive dessen Protagonisten versuchen eine der grössten Irreführungen der Schweizer Geschichte. Beda Stadler hat sich auch noch nie Mühe gegeben, seinen Glaubenskrieg gegen rationale Argumente auszutauschen. So bezeichnet er Eltern, die sich kritische Gedanken machen, als «Rabeneltern».

Wer sich in den Behindertenheimen auskennt (schwer Impfgeschädigte machen etwa ein bis drei Prozent aus), wird auch die Verharmlosung von Impfungen nicht mehr glauben. Die Geschichte zeigt, dass die «Gesundheits-

Diktatoren (Stadler, WHO und andere) wie die «Manipulatoren gefährlicher sind als Viren und Bakterien. Jeder medizinische Eingriff müsste das Resultat einer individuellen freien Entscheidung sein. Wir benötigen keine Gesundheits- und Impfvögte, die uns Gefängnis androhen. Deshalb sollte das diktatorische Epidemiegesetz abgelehnt werden.

Rudolf Hafner, Dornach, dipl. Heimleiter, alt Nationalrat, Solothurner Kantonsrat, Grünliberale

Auch «ver-rückte» Meinungen gefragt

Professor Beda Stadler hat offenbar alle Weisheiten dieser Welt für sich gepachtet. Nur er weiss, was richtig ist. Menschen mit andern Ansichten werden von ihm abgestempelt als Kreaturen mit «nutzlosen Wässerschen», als Verrückte, die noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sind. Und mit solchen menschenfeindlichen Aussagen will er ein Humanist sein? Ein solcher zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass er Andersdenkende und deren innere und äussere Freiheit respektiert und sie nicht in einem Haus für Verrückte zum Schweigen bringen will.

Diese Methoden wurden teilweise noch im 20. Jahrhundert in der Schweiz praktiziert. Im 21. Jahrhundert ist jedoch mehr Toleranz am Platz, und es sind auch sogenannte «ver-rückte» Meinungen und Ideen gefragt beziehungsweise nötig, die über das rein wissenschaftliche Stadler-Denken hinaus gehen. Also, lieber Beda Stadler, wagen auch Sie den Aufbruch ins 21. Jahrhundert der «Ver-rückten».

Curt Siegfried-Rossi, Dornach

Erfrischend komisch, herrlich grotesk

Sprechstunde: Hüsni hilft; BaZ diverse

Ich plädiere mit Nachdruck dafür, dass die BaZ-Kolumne «Hüsni hilft» nicht wie bisher nur jeden zweiten Freitag, sondern wöchentlich erscheinen soll. Hüsni Beratungen sind einfach erfrischend komisch und teilweise herrlich grotesk. Wie heisst doch ein alter Spruch: Ein Tag ohne Lachen ist ein verloren. Dem ist wohl nichts beizufügen. Oder vielleicht doch?

Wer steckt hinter der Hüsni-Figur? Vielleicht sogar eine Frau? Wenn ja, so wäre dies wahre Emanzipation.

Hanspeter Schmutz, Basel

Das Abkommen ist richtig, aber einseitig

Das Parlament schluckt die Kröte/ Nationalrat genehmigt Informationsaustausch mit US-Steuerbehörden; BaZ 10.9.13

Der Parlamentsentscheid pro Fatca (Foreign Account Tax Compliance Act) ist richtig, wenngleich er uns mittels einer machtpolitischen Erpressung seitens der USA aufgezwungen wurde. Christoph Blocher als Milliardär kann leicht Rechtsstaatlichkeit einfordern und damit Tausende Arbeitsplätze auf Spiel setzen. Andererseits sollten gewisse linke Exponenten, wie Susanne Leutenegger Oberholzer aufhören, das einseitige Fatca-Abkommen manipulativ als Datenaustausch zu bezeichnen. Die USA werden darin nicht verpflichtet, der Schweiz irgendwelche Informationen zu liefern und haben dazu mit ihrer Machtpolitik auch nicht die Absicht.

Heinz Kohler, Riehen

Genossenschaften für Gegenvorschlag

Nachrichten: Genossenschaftler und Unia für Wohninitiative; BaZ 4.9.13

Diese Nachricht ist irreführend. Ausgesagt wird im Text, dass rund 20 Wohn-genossenschaftler sich in einer Erklärung für ein Ja zur Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle» (Abstimmung in Basel-Stadt am 22. September) aussprechen. Der Branchenverband der Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz mit seinen über 170 Wohn-, Bau-, Haus- und Atelier-genossenschaften versorgt derzeit mit 14'000 Wohnungen gute zehn Prozent des ganzen Wohnungsmarktes im Kanton Basel-Stadt. Diese Wohnungen sind langfristig der Spekulation entzogen und bieten langfristig günstigeren Wohnraum für eine breite Bevölkerungsschicht an.

In Basel-Stadt ist die Bedeutung der Genossenschaften gross, da weite Bevölkerungskreise auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Der Branchenverband – mit seinen grössten und bedeutendsten Wohnbaugenossenschaften – setzt sich dezidiert für ein Ja zum genossenschaftsfördernden Gegenvorschlag ein, weil dieser sicheres und nachhaltiges Wohnen besonders für Menschen, die auf eine preiswerte Wohnung angewiesen sind, fördert und mit ausgewiesenen Massnahmen unterstützt. Der Ar-

tikel suggeriert jedoch, dass die Genossenschaften den Gegenvorschlag nicht unterstützen, weil anscheinend 20 Einzelpersonen sich für ein Ja zur Wohninitiative des Mieterverbandes aussprechen. Die Genossenschaften befürworten aber den Gegenvorschlag, und eben nicht, wie im Titel fälschlicherweise ausgesagt wird, mit der Unia die Wohnunginitiative.

Theo Meyer, Basel, Präsident Wohnbaugenossenschaftsverband Nordwest

Grüne politische Schaumschlägerei

Widerstand gegen GPK-Bericht zeichnet sich ab/Landratsfraktionen stellen Aussagen der Geschäftsprüfungskommission zur Staatsanwaltschaft infrage; BaZ 4.9.13

Als Schaumschläger und Produzent von heisser Luft kommt mir der Grünen-Landrat Jürg Wiedemann vor, indem er, gemäss Aussage in der BaZ, den Verdacht hegt, dass GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP) eigene politische Interessen vertritt; dabei ist ihm die Zusammensetzung der Subkommission offenbar ein Dorn im Auge.

Entweder ist Jürg Wiedemann diesbezüglich politisch instrumentalisiert, oder er hat den Kern des ausgewogen formulierten und zur Diskussion stehenden Sachverhalts des GPK-Berichts nicht kapiert.

Gerade der Beizug des ehemaligen Kantonsgerichtspräsidenten Peter Meier zeugt vom überlegten Vorgehen und der Kompetenz der GPK. Peter Meier kennt als langjähriger und erfahrener Jurist wohl wie kein Zweiter die Justizverwaltung des Kantons Baselland und dürfte mit seinem Fachwissen der GPK zweifellos eine wertvolle und neutrale Unterstützung gewesen sein. Dass die GPK den Bericht mit zehn gegen eine Stimme verabschiedet hat, spricht zudem eine deutliche Sprache.

Und wenn SVP-Fraktionschef Dominik Straumann äussert, es werde nicht verstanden, dass die Fachkommission angezweifelt werde, so möchte ich an ein Gespräch erinnern, das ich mit ihm im Vorfeld der Volksabstimmung just über diese Fachkommission führte und ihn auf die Konfliktsituation aufmerksam machte, wie sie jetzt im Bericht der GPK deutlich zum Ausdruck kommt. Aber man kann ja nicht von allen Landräten verlangen, dass sie die Materie, über die zu befinden ist, à fond kennen. Doch eigentlich sollte es schon so sein!

Albert Augustin, Gelterkinden